

zu verhandeln. Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Weißbuchs von Beijing wurden die Gespräche ohne Ergebnis abgeschlossen. (LHB, 2.9.93) Nach einer vom taiwanesischen Komitee für Festlandsangelegenheiten zwischen dem 28. und 31. August durchgeführten Meinungsumfrage sind 45% der 1.067 Befragten in Taiwan für die chinesische Vereinigung, 20% für die Aufrechterhaltung des Status quo und 11% für Taiwans Unabhängigkeit. Unter jetzigen Verhältnissen befürworten aber nur 3,9% der Befragten sofortige Verhandlungen über die Vereinigung und 8,2% die Unabhängigkeit Taiwans. 80% wollen den Status quo solange aufrechterhalten, bis die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Vereinigung reif werden. (LHB, 28.9.93) -ni-

*(37)

Rückkehrstrom von Intellektuellen aus dem Ausland

Infolge der anhaltenden Wirtschaftskrise in den führenden Industriestaaten wie den USA, Japan und Deutschland und der dadurch verursachten Entlassungswelle bei den großen Firmen kehren immer mehr taiwanesischen Intellektuelle aus dem Ausland heim. Offiziellen Statistiken zufolge sind in den ersten acht Monaten d.J. bereits 4.282 Personen zurückgekehrt, und für das ganze Jahr werden 6.500 erwartet, 1.400 mehr als im Vorjahr. Dabei sind diejenigen noch nicht eingeschlossen, die keinen Reisezuschuß von der Regierung erhalten wollen oder können und deshalb nicht von der Statistik erfaßt werden. Angesichts dieses Trends plant die Regierung, ab kommendem Jahr keinen Reisezuschuß mehr für die Familienangehörigen von zurückkehrenden Akademikern zu gewähren.

Die Arbeitslosenquote Taiwans lag in den ersten acht Monaten bei 1,44%, was ein Rekordtief seit 12 Jahren bedeutet. Die Arbeitslosenquote von Akademikern ist allerdings auf eine Rekordhöhe von 2,21% seit 1990 gestiegen, während die der Hauptschulabsolventen auf unter 1% sank. Durch die steigende Rückkehrwelle von Intellektuellen aus dem Ausland wird der Regierung zufolge die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Personen mit hohem Ausbildungsstand noch angespannter werden. (LHB, 30.9.93) -ni-

Hongkong und Macau

*(38)

Neuer Höhepunkt im sino-britischen Streit über die Wahlreform in Hongkong

Der anhaltende Streit zwischen Beijing und London über Gouverneur Chris Pattens Reformplan für mehr Demokratie bei der kommenden Legislativwahl von Hongkong 1995, den letzten Wahlen vor der Übergabe der Kronkolonie an China 1997, erreichte im September einen neuen Höhepunkt. (Zu den Hintergründen des Streits siehe Yu-Hsi Nieh, "Zur politischen und wirtschaftlichen Lage von Hongkong angesichts der nahenden historischen Wende 1997", in: C.a. August 1993, S.828-831.)

Am 24. September veröffentlichte Beijing eine Stellungnahme von Deng Xiaoping, die er an just dem gleichen Tag vor elf Jahren gegenüber der damaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher bei deren Besuch in China im Hinblick auf die Hongkongfrage gemacht hatte. Darin bekräftigte Deng, daß China das Gesamtterritorium von Hongkong unumstößlich 1997 zurücknehmen werde. Er bat die britische Regierung um Zusammenarbeit bei der Aufrechterhaltung der Stabilität und Prosperität Hongkongs während der Übergangszeit. Für den Fall schwerer Unruhen, so Deng, werde die chinesische Regierung sich gezwungen sehen, "den Zeitpunkt und die Methode der Rücknahme sich anders zu überlegen", also Hongkong frühzeitig und gewaltsam zurückzunehmen. (XNA, 24.9.93) Der Sprecher des Beijinger Außenministeriums bezeichnete vor Korrespondenten Dengs Rede als eine hochkarätige Projektion, die heute noch immer eine große realistische Bedeutung habe. (XNA, 25.9.93; DGB, 26.9.93)

Kurz vor der Veröffentlichung von Dengs Rede hatte Gouverneur Patten wieder angedroht, die Wahlreform auch ohne chinesische Zustimmung durchzuführen (IHT, 4./5.9.93; XNA, DGB, 17. u. 18.9.93). Zudem waren die Chinesen darüber aufgebracht, daß der britische Außenminister Douglas Hurd in einem Interview für ein australisches Fernsehteam Beijing aufgrund von Menschenrechtsverletzungen in China nicht als den geeigneten Ort für die Olympischen Spiele 2000 bezeichnet hatte. (DGB, 19.9.93; FT, 23.9.93)

In den drei Verhandlungsrunden (d.h. die 10.-12. Runde) beider Seiten im September über das Problem der Wahlreform in Hongkong wurde weiterhin kein Fortschritt erzielt; die Gespräche sollen jedoch fortgesetzt werden. Neben dem Treffen der beiden Außenminister Hurd und Qian Qichen am 1. Oktober in New York anlässlich der UNO-Vollversammlung wurde die 13. Verhandlungsrunde der Unterhändler für den 11./12. Oktober ange-setzt.

Die Zuspitzung des politischen Streits zeigte auf die Wirtschaft Hongkongs kaum Wirkung. Der Aktienkurs ist weiter drastisch gestiegen, und zwar erreichte der Hang Seng Index Ende September eine neue Rekordhöhe von 7.676,22 Punkten. (SCMP, 3.10.93) -ni-

*(39)

Einheimische Politikerin Hongkongs ins Amt des Chief Secretary berufen

Die Hongkonger Regierung hat am 21. September eine wichtige Personalentscheidung angekündigt. Eine einheimische Politikerin, Frau Anson Chan Fang On-sang (53), wird Ende November d.J. Sir David Ford als Chief Secretary ablösen - dies ist das zweithöchste Amt in der Regierungshierarchie hinter dem Gouverneur. Vor ihr hatte noch kein einheimischer Chinese dieses Amt erhalten, und sie ist auch überhaupt die erste Frau in der anderthalb Jahrhunderte währenden Geschichte der Kronkolonie, die in dieses Amt berufen wurde.

Mit der Ernennung von Frau Anson Chan setzte Gouverneur Patten ein wichtiges Zeichen für die weitere Entkolonialisierung Hongkongs vor der Rückgabe an China 1997. Erst kürzlich hatte Patten durch die Verlängerung der Arbeitsverträge für hohe Kolonialbeamte Unruhe unter den einheimischen Bediensteten verursacht. Frau Anson Chan, die ihre politische Karriere 1962 in der Regierung begann und zur Zeit das Amt des Secretary for Civil Service bekleidet, gilt allerdings auch als Vertraute von Gouverneur Patten. Sie unterstützt ihn energisch in der Reformpolitik für mehr Demokratie in Hongkong sowie im Widerstand gegen den Druck aus Beijing.

Frau Ansons Vorgänger, Sir David Ford, wird nach über sechs Jahren Amtszeit als Chief Secretary den neuen Posten des Kommissars im Büro der Hongkonger Regierung in London übernehmen. (SCMP, 18.9.93; IHT, FT u. XNA, 22.9.93) -ni-